

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE

"KLEEBLATT 3 X NEIN"

Presseausschuss, Postfach 5664, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 6. Februar 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Unter einem Co-Präsidium aus Vertretern der FDP, CVP, SVP und Liberalen ist ein Komitee gegen die drei Kleeblatt-Initiativen gegründet worden (Communiqué liegt bei). Das Komitee "Kleeblatt 3 x Nein" wird Sie bis zur Abstimmung am 1. April 1990 wöchentlich mit einem Pressedienst bedienen. Mit der ersten Ausgabe des Pressedienstes möchten wir Sie bereits herzlich zur

Pressekonferenz des Komitees vom 19. Februar in Domdidier/FR

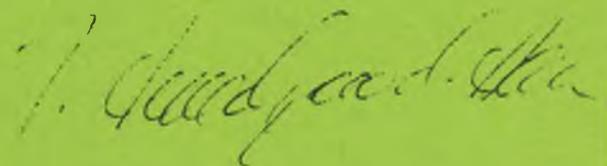
einladen (Einladung und Anmeldetalon liegen bei). Ausserdem legen im heutigen Dienst SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander und Matthias Stadelmann ihre Argumente gegen die Kleeblatt-Initiativen dar.

In der Hoffnung, Ihnen mit unserem Pressedienst für Ihre Berichterstattung zu dienen, verbleibt mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen

Beilagen: erwähnt



SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE

"KLEEBLATT 3 X NEIN"

An die Medien

Bern, 6. Februar 1990

EINLADUNG ZUR PRESSEKONFERENZ

Sehr geehrte Damen und Herren

Das schweizerische Aktionskomitee "Kleeblatt 3 x Nein" lädt Sie im Hinblick auf die eidg. Volksabstimmung vom 1. April 1990 zu seiner Pressekonferenz ein. Die Pressekonferenz findet statt am:

**Montag, 19. Februar 1990, Bern-Bundeshaus ab 09.30 Uhr,
in Domdidier/FR (Beginn PK ca. 10.15 Uhr), im Hôtel de la Croix-Blanche,
bis ca. 14.30 Uhr (Rückkehr nach Bern per Car)**

Wie Sie sehen: wir haben uns entschlossen, die Pressekonferenz von Bern weg in eines der von den Kleeblatt-Initiativen direkt betroffenen Gebiete – die N1 – zu verlegen. Wir möchten damit betonen, dass wir die Kleeblatt-Initiativen betreffend N1 und N5 gegenüber der Romandie als staatspolitisch verfehlt anschauen. Wir hoffen auf Solidarität auch seitens der Deutschschweizer Journalisten.

Programm:

Für die Pressekonferenz haben wir folgende Referenten vorgesehen:

- **Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (FDP/ZG)**, Co-Präsident des Komitees und Leiter der Konferenz, schwergewichtig zur allgemeinen Argumentation und zur N4;
- **Regierungsrat Marcel Blanc (SVP/VD)**, Präsident des waadtländischen Kontra-Komitees und Vizepräsident der SVP Schweiz, schwergewichtig zu den staatspolitischen Aspekten und zur N1;
- **Nationalrat Urs Scheidegger (FDP/SO)**, solothurnischer Stadtpräsident, schwergewichtig zu umweltpolitischen Fragen und zur N5;
- **Informationen des lokalen Freiburger Kontra-Komitees:**
 - Ständerat Anton Cottier (CVP/FR), Präsident des freiburgischen Kontra-Komitees
 - Herr Francis Ramuz, Gemeindepräsident von St-Aubin/FR

Ausserdem werden weitere Exponenten der direkt betroffenen Regionen, u.a. Co-Präsident und Nationalrat Paul Zbinden (CVP/FR) und Regierungsrat François Mertenat (SP/JU), an der Pressekonferenz anwesend sein und wie alle anderen Komitee-Vertreter für Fragen zur Verfügung stehen.

Eine Dokumentation wird Ihnen an der Pressekonferenz abgegeben.

Organisation:

- Abfahrt per Car 09.30 Uhr vor dem Bundeshaus in Bern (Anmeldung mit beiliegendem Talon!)
- Beginn der PK in Domdidier ca. 10.15 Uhr
- Mittagessen ca. 12.00 Uhr im Hôtel de la Croix-Blanche in Domdidier/FR
- anschliessend Rückfahrt per Car nach Bern-Bundeshaus, Ankunft spätestens 14.30 Uhr

Wichtig: aus organisatorischen Gründen sind wir auf Ihre Anmeldung mit beiliegendem Talon **bis spätestens Freitag, 16. Februar 1990**, angewiesen. Senden Sie den Talon bitte an das Generalsekretariat der SVP, Ahornweg 2, Postfach, 3000 Bern 9, oder deponieren Sie ihn im Fach Nr. 50 in der Fachanlage im Bundeshaus.

In der Hoffnung auf eine rege Teilnahme verbleibt mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss



Jens Lundsgaard-Hansen

Pressechef SVP

Beilage:

Anmeldetalon

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE

"KLEEBLATT 3 X NEIN"

ANMELDETALON PRESSEKONFERENZ 19. FEBRUAR 1990 IN DOMDIDIER/FR

Der/die Unterzeichnende nimmt an der Pressekonferenz vom 19. Februar 1990 in
Domdidier/FR teil:

Name:

Vorname:

Redaktion:

Telefon-Nr.:

Hin- und Rückreise von/nach Bern im Car

will Car nicht benutzen

mit Mittagessen

ohne Mittagessen

Wir bitten Sie, das Zutreffende anzukreuzen, und den Talon bis spätestens Freitag, 16. Februar 1990, an das Generalsekretariat der SVP, Ahornweg 2, Postfach, 3000 Bern 9, zu senden oder in das Fach Nr. 50 der Fachanlage im Bundeshaus zu legen. Besten Dank!

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE

"KLEEBLATT 3 X NEIN"

Bern, 6. Februar 1990

Communiqué zur Gründung des schweizerischen Aktionskomitees:

AFFRONT GEGENUEBER BENACHTEILIGTEN!

In Bern hat sich heute das schweizerische Aktionskomitee "Kleeblatt 3 x Nein" gebildet. Das Komitee steht für die Schliessung der letzten Lücken in unserem Autobahnnetz ein. Es bekämpft deshalb die drei sog. Kleeblatt-Initiativen, die am 1. April 1990 zur Abstimmung kommen. Nach Auffassung des Komitees bedeuten die Initiativen einen Affront gegenüber benachteiligten Regionen unseres Landes.

Das schweizerische Aktionskomitee "Kleeblatt 3 x Nein" steht unter der Leitung eines Co-Präsidiums aus Vertretern der FDP, CVP, SVP und Liberalen. Das Komitee befürwortet die Schliessung der letzten Lücken in unserem Autobahnnetz und damit den Bau der N4 im Knonaueramt, der N5 zwischen Solothurn und Biel sowie der N1 zwischen Murten und Yverdon.

Für die Ablehnung der drei Kleeblatt-Initiativen macht das Komitee vor allem drei Gründe geltend:

Erstens sind Autobahnen die verkehrssichersten Strassen und ermöglichen einen flüssigen und dadurch umweltfreundlicheren Verkehr.

Zweitens ist die Verkehrsüberlastung für Städte und Dörfer im Raume der noch nicht ans Autobahnnetz angeschlossenen Regionen unzumutbar. Die Autobahnen haben die Aufgabe, den Verkehr auf Hauptachsen zu kanalisieren und damit für die heute belasteten Ortschaften mehr Lebensqualität zu sichern.

Drittens bedeuten alle drei Initiativen einen Affront gegenüber Landesteilen, die heute geografisch und wirtschaftlich benachteiligt sind. Die N4 bildet eine Brücke von der Innerschweiz zur übrigen Schweiz, die N5 und die N1 stellen die staatspolitisch sehr

bedeutungsvolle Verbindung zwischen der Romandie, insbesondere den Jura-Gebieten, und der Deutschschweiz her.

Dem schweizerischen Komitee "Kleeblatt 3 x Nein" stehen folgende eidg.

Parlamentarier/innen als Co-Präsidenten vor: Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (FDP/ZG), Nationalrat Paul Zbinden (CVP/FR), Nationalrätin Susanna Daepf (SVP/BE) sowie Stände- und Regierungsrat Jean Cavadini (NE/Lib).

Zu den Kleeblatt-Initiativen:

Angefangenes fertigmachen!

Von SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander, Oetwil a.d.L./ZH

Nichts ist volkswirtschaftlich sinnloser, als ein beschlossenes und angefangenes öffentliches Werk halbfertig liegen zu lassen. Die Diskrepanz zwischen Investitionen und Nutzen nimmt dann ein Ausmass an, das nicht zu verantworten ist. Bei den Nationalstrassen wird dies besonders deutlich: fehlende Stücke im Netz werten das gesamte System ab, das, wie eine Kette, so stark ist wie ihr schwächstes Glied. Hinzu kommt der umweltmässige und wirtschaftliche Unsinn, dass jede Lücke Tausende von Motorfahrzeugen zu Umwegen zwingt und in ihrer Nachbarschaft zu unerträglichen Verkehrsbelastungen führt.

Als drastisches Beispiel mögen die heute noch vom Durchgangsverkehr betroffenen Gemeinden im Knonauer Amt dienen, die bezeichnenderweise der seinerzeitigen zürcherischen Volksinitiative für den Bau der N4 zugestimmt haben und in denen der Ruf nach einer endlichen Vollendung der bekanntlich ein Stück weit bereits fertiggestellten Nationalstrasse am lautesten ertönt.

Gegnerschaft mit fundamentalistischen Zügen

Die Leute hinter den Kleeblatt-Initiativen kennen freilich weder volkswirtschaftliche Skrupel noch Rücksichtnahme auf die Bevölkerung in den unnötig belasteten Regionen. Der Opposition, die keinen vernunftmässigen Argumenten zugänglich ist und die eindeutig fundamentalistische Züge trägt, geht es nicht um den Schutz von Mensch und Landschaft, sondern um die Behinderung des Autoverkehrs und damit um die Anschwärzung der Mobilität überhaupt. Es geht am 1. April weit weniger um Landschaftsschutz oder Naturerhaltung als vielmehr um eine Auseinandersetzung zwischen grundsätzlichen Mobilitätsgegnern (die dabei die Verantwortung für unzählige Verkehrsmisstände auf sich laden) und den Realisten, die wissen, dass man den Autoverkehr nicht abschaffen, wohl aber in vernünftige Kanäle leiten kann – auf Autobahnen beispielweise. Bei den Gegnern kommt hinzu noch ein beträchtliches Mass an Arroganz, indem sie vom fernen sicheren Hafen aus einem anderen Landesteil vorschreiben wollen, was ihm gut tut und was nicht;

dies gilt vor allem für die Nationalstrassenstücke Murten–Yverdon sowie Solothurn–Biel mit ihrer Erschliessungsfunktion für das Welschland. Ein Stimmbürger, der am 1. April Ja stimmt, trägt nicht das Wasser der Landschaftsschützer, sondern das der Ideologen.

Moderner Nationalstrassenbau ist umweltschonend

Auch der empfindlichste Natur- und Heimatschützer muss heute einsehen, dass Nationalstrassen ohne Verschandelung der Landschaft, sei es nun im Knonauer Amt, bei Murten–Yverdon oder Solothurn–Biel, gebaut werden können. Ein Schulbeispiel, das sogar europäische Beachtung gefunden hat, ist die N20 (Nordumfahrung von Zürich) beim Katzensee, die durchaus schonend in eine empfindliche Gegend eingebettet wurde. Denn auch Strassenbauer sind lernfähig.

Die heute vorliegenden Varianten für die N4 haben verantwortbare Eingriffe in die Landschaft zur Folge, und auch die Kulturlandbeanspruchung hält sich in Grenzen. Aehnliches gilt für die beiden anderen zur Diskussion stehenden Abschnitte. Zu diesen Projekten kann getrost jeder Ja sagen, der ehrlich um die Erhaltung unserer Landschaften besorgt ist.

In diesem Sinne haben sich Meinungsgewichte, um bei der N4 zu bleiben, im Knonauer Amt in den letzten Monaten eindeutig verschoben. Viele wünschen ein Ende der jahrelangen Zänkereien und fordern endlich eine Entlastung der vom Durchgangsverkehr geplagten Dörfer. Darüber kann auch der Lärm eines harten Kerns der Gegner nicht hinwegtäuschen.

Es ist zu hoffen, dass das Schweizer Volk in seiner Mehrheit erkennt, in welchem Masse ein Netz erst durch eine Schliessung seiner Lücken volle Funktionstüchtigkeit erhält und seinen Entlastungswert für verkehrsgeplagte Gemeinden entfaltet, und dass es den zwängerischen Initiativen am kommenden 1. April eine Abfuhr erteilt!

Einmal mehr Verkehrsverhinderung à la carte

Leider um keinen Aprilscherz handelt es sich bei den drei Kleeblatt-Initiativen, die am 1. April zur Abstimmung gelangen werden. Die drei Vorlagen wollen gezielt den Endausbau des Nationalstrassennetzes verhindern, damit die Leistungsfähigkeit des privaten Motorfahrzeugverkehrs weiter untergraben.

Das Schweizer Nationalstrassennetz weist nur noch wenige Lücken auf. Diese Lücken sollen gemäss dem Willen der eidgenössischen Räte bald geschlossen werden. Dies zu verhindern ist das Ziel der sogenannten Kleeblatt-Initiativen. Die drei Vorlagen wollen in der Verfassung ausdrücklich verbieten, dass in den betroffenen Regionen Murten-Yverdon, Knonauer Amt und Zuchwil-Biel Nationalstrassen gebaut oder betrieben werden dürfen. Die Initianten begründen ihren Vorstoss mit dem Argument, der Autobahnbau würde in diesen Gegenden einmalige Landschaftsbilder, Erholungsräume und Naturschutzgebiete zerstören. Die Initiative wird unterstützt vom VCS, dem WWF, der Schweizerischen Energiestiftung, dem Bund für Naturschutz, dem Landesring und dem Parteivorstand der SP Schweiz. Dass mit den paar Autobahnkilometern, um die es eigentlich geht, ganze Regionen vom mehr als nur störenden Durchgangsverkehr entlastet würden, zählt offenbar nicht. Die gleichen Kreise, die mit dem Argument "Sicherheit" die Tempoinitiative gebodigt haben, wollen nun ausgerechnet den Bau der sichersten Strassen verhindern. Wahrlich schizophren!

Dabei kommt bei genauer Betrachtung der drei verbliebenen Kleeblätter - ursprünglich war als viertes Teilstück auch noch die Verhinderung der Transjurane vorgesehen, dieser Teil wurde wegen mangelnder Unterstützung aus der betroffenen Region zurückgezogen - unweigerlich der Gedanke, dass es einmal mehr nicht um die Sache geht, sondern ums Prinzip. Um dem Individualverkehr eins auszuwischen, sind einigen "Politikern" alle Mittel recht. Sie nehmen dafür sogar in Kauf, dass ganze Regionen, die mit dem Ausbau der verbliebenen Lücken wirksam vom Durchgangsverkehr entlastet würden, weiterhin unter dem unsinnigen Politdiktat einiger uneinsichtiger grüner Politiker zu leiden haben würden.

Erst recht unsinnig wirken die drei Vorlagen, wenn man noch bedenkt, dass die genau gleichen Kreise, die es vor vier Monaten unnötig und staatspolitisch verfehlt hielten, Tempolimiten in die Verfassung aufzunehmen, nun ein Bauverbot in eben diese Verfassung zementieren wollen. Komisches Staatsverständnis!

Um vor realitätsblinden Fanatikern endlich Ruhe zu haben, gibt es nur ein vernünftiges Mittel: Man muss ihnen klar und deutlich sagen: "Jetzt reicht's!" Am 1. April hat der Stimmbürger die Gelegenheit dazu. Ein deutliches Nein zu den drei verhängnisvollen Kleeblättern würde den sinnvollen Endausbau des Schweizer Nationalstrassennetzes sicherstellen und den Verkehrsverhinderern vom Dienst einen empfindlichen Rückschlag versetzen.

M. Stadelmann